

welter wirken und die Sabotage der sozialdemokratischen Führer an den parlamentarischen Klaffenstellen brechen.

Die Mitbestimmungen der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter gilt es heute fest und unerschütterlich in einer großen Kampfesfront zu einigen auf die Forderungen:

- Nieder mit der Luther-Regierung!
Auslösung des Reichstages und Neuwahlen!
Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung!
Sofortige Durchführung des Volkseigentums!

Rückblick zur Teilnahme an der Abrüstungskonferenz bereit

(TL) Moskau, 23. März. Die Sowjetregierung hat beschlossen, durch ihre Vertreter in Berlin, Paris, Rom und London mitteilen zu lassen, daß sie keineswegs ihren Standpunkt dem Völkerverband gegenüber geändert habe, und daß sie an der Abrüstungskonferenz teilnehmen werde, wenn diese in Wien, Brüssel oder einer französischen Stadt stattfinden werde.

Trotz Auflösungsbeschluss immer noch Staatsgerichtshof

Wieder neue Kommunistenprozesse

(TL) Weizsäcker, 23. März. Vor dem hiesigen Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik begann heute ein größerer Hochverratsprozess gegen den Arbeiter Straußmann und zehn Genossen aus Gießen. Die Angeklagten werden beschuldigt, Ende des Jahres 1923 in Gießen und Umgebung hochverräterische Ziele verfolgt zu haben.

(TL) Hamburg, 23. März.

Heute früh wurde der Redakteur der kommunistischen 'Hamburger Volkszeitung', Fritz Grottel, der bis zum 16. Februar dieses Jahres für die 'Volkszeitung' verantwortlich zeichnete, verhaftet. Wie das Blatt mitteilt, ist der Haftbefehl vom Oberreichsanwalt Obermayer beantragt, der vom Staatsgerichtshof in der Sitzung vom 18. März beschlossen wurde.

Der Reichstag hat vor kurzem beschlossen, daß der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik sich auflösen hat. Trotz dieses Beschlusses werden immer neue Kommunistenprozesse durch diesen Gerichtshof begonnen.

Die Aufhebung des Staatsgerichtshofes — in der Theorie

Die Reichsregierung hat dem Reichstag einen Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes zum Schutze der Republik übermitteln, der folgendes lautet:

Für die Strafsachen, die zurzeit zur Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik gehören, sind vom 1. April 1924 an die ordentlichen Gerichte zuständig. Die bereits anhängigen Sachen gehen mit diesem Zeitpunkt in der Lage, in der sie sich befinden, auf die ordentlichen Gerichte über.

Wird ein Urteil des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik mit dem Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens angefochten, so entscheidet darüber, ob der Antrag zulässig und begründet ist, das Reichsgericht.

25 1/2 Millionen Defizit bei der preussischen Staatsbank

Berlin. Der Jahresabschluss der Preussischen Staatsbank zeigt ein Defizit von 25 1/2 Millionen Mark, was auf die fahlen Kreditgeschäfte des Jahres 1924, insbesondere auf die Verschleuderung der ungenützlichen Millionen an die Kreditbetreiber Warmat-Antiker und Genossen zurückzuführen ist.

Spaltung der Deutschnationalen von Frankfurt

Frankfurt a. M. Die hiesige Ortsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei hat sich nach langen Streitigkeiten gespalten, und jede Gruppe behauptet für sich, das alleinige Recht zur Führung des Parteiennamens zu besitzen.

Wirth, der „republikanische“ Vater der schwarzen Reichswehr

Die „Berliner-Mitteleuropäische Zeitung“ schreibt in einer Aufsatzreihe über die schwarze Reichswehr:

Herr Dr. Joseph Wirth, feierzeit Reichsfinanzminister der deutschen Republik, ist der Vater der schwarzen Reichswehr. Er schaffte die finanziellen Grundlagen für sie, und zwar so gründlich, daß sie auch nach Beendigung des oberirdischen Unternehmens bestehen könnten.

Diese Enttillung kennzeichnet die Rolle der ehrenwerten bürgerlichen „Republikaner“ in Deutschland, mögen sie auch stets noch so „radikal“ sein.

Allo: Dr. Joseph Wirth, der im Parlament mit großer Geste „Der Reich nicht reicht“ verkündete, half praktisch zur Schaffung der schwarzen Reichswehr.

Wirths Haltung hierzu ist die ebenbürtige Ergänzung zum Demontieren Schurz der Femeinader durch die deutsche Klassenjustiz.

Entschlich waren die Däse, o Gott! Die sich nachher erhuben: Es war, als legte man den Mist ins lechsenddreißig Graben...

Ein sozialdemokratisches Heldenstückchen

Der „Vorwärts“ vom Freitagmorgen berichtet, daß die Film-oberprüfungskommission des preussischen Film des DAB „Freies Volk“ freigegeben habe. Bekanntheit an der Geschichte dieser Freigabe ist die Tatsache, daß der Einspruch gegen diesen Film ausgerechnet von der bayerischen Helde- und der sächsischen Helde-Regierung ausging.

Ein bürgerliches Urteil über Sowjet-Sibirien

In einem typischen Unternehmensorgan der „Bauernzeitung“, Bericht ein gen. als Sozialdemokrat hat höchstens eine „Entscheidung“: den grenzenlos das eines sozialdemokratischen Ministerpräsidenten gehen, was nur annähernd proletarisch wirkt.

Er schreibt über die Pläne der Sowjetregierung zur Industrialisierung des Ural- und Sibiriens.

Er schreibt über die Pläne der Sowjetregierung zur Industrialisierung des Ural- und Sibiriens.

Er schreibt über die Pläne der Sowjetregierung zur Industrialisierung des Ural- und Sibiriens.

Er schreibt über die Pläne der Sowjetregierung zur Industrialisierung des Ural- und Sibiriens.

Er schreibt über die Pläne der Sowjetregierung zur Industrialisierung des Ural- und Sibiriens.

Er schreibt über die Pläne der Sowjetregierung zur Industrialisierung des Ural- und Sibiriens.

Er schreibt über die Pläne der Sowjetregierung zur Industrialisierung des Ural- und Sibiriens.

Er schreibt über die Pläne der Sowjetregierung zur Industrialisierung des Ural- und Sibiriens.

Er schreibt über die Pläne der Sowjetregierung zur Industrialisierung des Ural- und Sibiriens.

Er schreibt über die Pläne der Sowjetregierung zur Industrialisierung des Ural- und Sibiriens.

Er schreibt über die Pläne der Sowjetregierung zur Industrialisierung des Ural- und Sibiriens.

Er schreibt über die Pläne der Sowjetregierung zur Industrialisierung des Ural- und Sibiriens.

Er schreibt über die Pläne der Sowjetregierung zur Industrialisierung des Ural- und Sibiriens.

Er schreibt über die Pläne der Sowjetregierung zur Industrialisierung des Ural- und Sibiriens.

Er schreibt über die Pläne der Sowjetregierung zur Industrialisierung des Ural- und Sibiriens.

Er schreibt über die Pläne der Sowjetregierung zur Industrialisierung des Ural- und Sibiriens.

Er schreibt über die Pläne der Sowjetregierung zur Industrialisierung des Ural- und Sibiriens.

Er schreibt über die Pläne der Sowjetregierung zur Industrialisierung des Ural- und Sibiriens.

Er schreibt über die Pläne der Sowjetregierung zur Industrialisierung des Ural- und Sibiriens.

Ein imperialistisches Ultimatum

Bedrohung des chinesischen Volkes

Eine Gefahr für das Weltproletariat

Mit unerhörter Ausdauer und bewundernswürdigem Opfer mit kämpft das chinesische Volk für seine nationale Befreiung. Mit den chinesischen kapitalistischen Unterdrückern und Imperialisten würde es wahrheitsgemäß längst fertig geworden sein, wenn diesem nicht die imperialistischen Mächte der ganzen Welt zur Seite trüben als Helfer.

An der Niederwerfung des nationalen Befreiungskampfes in China sind vor allem England, Amerika und Japan beteiligt. Aber auch Deutschland hat sich durch Ratifizierung des Washingtoner Abkommens in die Reihe der imperialistischen Mächte gestellt.

Die Eroberung Chinas durch den äußerlichen Imperialismus würde ein letzter durch Herabdrückung der Lebenshaltung aller Weltvölker sein.

Die Eroberung Chinas durch den äußerlichen Imperialismus würde ein letzter durch Herabdrückung der Lebenshaltung aller Weltvölker sein.

Die Eroberung Chinas durch den äußerlichen Imperialismus würde ein letzter durch Herabdrückung der Lebenshaltung aller Weltvölker sein.

Die Eroberung Chinas durch den äußerlichen Imperialismus würde ein letzter durch Herabdrückung der Lebenshaltung aller Weltvölker sein.

Die Eroberung Chinas durch den äußerlichen Imperialismus würde ein letzter durch Herabdrückung der Lebenshaltung aller Weltvölker sein.

Die Eroberung Chinas durch den äußerlichen Imperialismus würde ein letzter durch Herabdrückung der Lebenshaltung aller Weltvölker sein.

Die Eroberung Chinas durch den äußerlichen Imperialismus würde ein letzter durch Herabdrückung der Lebenshaltung aller Weltvölker sein.

Die Eroberung Chinas durch den äußerlichen Imperialismus würde ein letzter durch Herabdrückung der Lebenshaltung aller Weltvölker sein.

Die Eroberung Chinas durch den äußerlichen Imperialismus würde ein letzter durch Herabdrückung der Lebenshaltung aller Weltvölker sein.

Die Eroberung Chinas durch den äußerlichen Imperialismus würde ein letzter durch Herabdrückung der Lebenshaltung aller Weltvölker sein.

Die Eroberung Chinas durch den äußerlichen Imperialismus würde ein letzter durch Herabdrückung der Lebenshaltung aller Weltvölker sein.

Die Eroberung Chinas durch den äußerlichen Imperialismus würde ein letzter durch Herabdrückung der Lebenshaltung aller Weltvölker sein.

Gewerkschaftsbewegung

Ein fallher Weg

Gewerkschaftliche Spitzenverbände und Erwerbslosenerhöhung

M. K. Der DGB, die Christen, Hindu und der A.N.-Bund haben eine Eingabe an den Arbeitsminister gerichtet. Darin fordern sie die sofortige Berücksichtigung und Durchführung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung und bis dahin die Bewährung der Einstellung nach Wirtschaftsgesetz und Erwerbslosenerhöhung unter Einführung von nach Lohnklassen gestaffelten Unterhaltungsätzen.

Die Lage der Erwerbslosen ist erbärmlich. In allen Orten rufen die Gewerkschaften in Verbindung mit den Arbeitenden in den Betrieben zum Kampf für die Befreiung vom Arbeitslosentum. Erhöhung der Erwerbslosenerhöhung um 50 Prozent und für die Aufhebung der ungeringen Ostlohnkontingente. Mit Freuden würde der kleinste Schritt der Gewerkschaften und besonders des DGB zur Unterbrechung dieses Kampfes begrüßt werden. Jedoch das, was die Gewerkschaften verlangen, bedeutet nicht eine Unterbrechung des Kampfes der Erwerbslosen zur Durchführung ihrer Forderungen, sondern ist vielmehr ein Akt gegen die Erwerbslosen, der auf die Befreiung der Arbeitgeber von der Erwerbslosenerhöhung hinausläuft. Der Vorschlag der Gewerkschaften fordert darum den schärfsten Protest aller Arbeiter heraus.

Von den Unternehmen wird seit langem ein systematischer Kampf gegen die „hohen“ Sätze der Erwerbslosenerhöhung geführt. Immer wieder behaupten sie, daß die Erwerbslosenerhöhung für die Arbeiter als der Lohn in den verschiedenen Betrieben, Selbst angenommen diese Sätze den Unternehmern stüme. In der Tat ist das nach Lage nicht, daß die Erwerbslosenerhöhungssätze zu hoch sind, sondern beweist nur, daß in Deutschland menschenunwürdige Löhne gezahlt werden. Diese Tatsache muß selbst Julius Dörfel in seinem Buche „Das amerikanische Wirtschaftsmodell“ ausgesprochen werden.

Von fast allen Ländern mit hoher Wertschöpfung in Europa und Amerika hat Deutschland die niedrigsten Sätze für die Erwerbslosenerhöhung. Die Erwerbslosenerhöhung ist in Deutschland außer dem armen Österreich noch die niedrigste. Die größten Sätze sind in den Vereinigten Staaten. In den dortigen Wirtschaftsgesetzen sind die Arbeiter in der Lage, die Erwerbslosenerhöhung zu erhöhen, indem sie den Lohn für die Erwerbslosenerhöhung erhöhen. Dies ist eine höhere Art der Erwerbslosenerhöhung, die die Erwerbslosenerhöhung für die Arbeiter zu hoch ist.

Die Vorschläge der Gewerkschaften in ihrer Eingabe bedeuten aber nicht anders, als ein Gegenkommen der Gewerkschaften den Forderungen der Unternehmer gegenüber. Heißt es doch in der Eingabe wörtlich:

„Obwohl wir überzeugt sind, daß die Einmündigen gegen die heutigen Höchstätze auf der Veranschlagung von Einzelfällen beruhen, sind wir doch gern bereit, zu unserem Teil an der Befestigung etwa vorhandener Leistungen mitzuwirken.“

Eine wirksame und zugleich eine gerechte Bemessung der Unterhaltungsätze erfordert nur einig und allein in der Befestigung der Unterhaltungsätze nach Wirtschaftsgesetzen und nach Ostlohnkontingenten. Die Einführung von nach Lohnklassen gestaffelten Unterhaltungsätzen.

Unzweifelhaft ist es, wenn Gewerkschaften den menschenwürdigen Lebensbedingungen der Erwerbslosen als einer lebensfähigen Basis, für deren Befestigung sie sorgen wollen. Wäre es nicht vielmehr ihre Aufgabe, auf Grund dieser Tatsache den Kampf für die Erhöhung der Löhne zu organisieren?

Die Einstellung der Erwerbslosen der Wirtschaft kann nur zur Spaltung der Front der Erwerbslosen im Interesse der Arbeitnehmer führen, die versuchen, die Erwerbslosen zu zermürben und ihre Uneinigkeit auszunutzen, um sie im Kampf gegen die Arbeitenden in den Betrieben zu zerbrechen. Die Erwerbslosen werden nach diesem Vorhaben die Wirtschaft in einen Zustand der Not versetzen, indem nach diesem Vorhaben erreicht ist die Teilung und Differenzierung selbst noch auf die einzelnen Orte. Die Erwerbslosen Arbeiterkraft wird durch dieses neue System auch noch kritisch gespalten. Eine solche Spaltung ist nicht aber nicht im geringsten im Interesse der Erwerbslosen.

Auch in Deutschland muß die Arbeiterklasse wie in England dafür kämpfen, daß allen Arbeitern gleiche Unterhaltungsätze gezahlt werden, um so von vornherein die Möglichkeit der Spaltung der Erwerbslosen zu verhindern, andererseits aber werden die gleichen Unterhaltungsätze als Schad für die Erhöhung in den wirtschaftsbezogenen Betrieben wirken, und somit ein Mittel für die Befestigung der Front der Arbeiterkräfte im Kampf gegen die Unternehmer bilden.

Die Lohnklasseneinteilung ein Gegenkommen gegenüber den Forderungen der Unternehmer ist, indem sie die Erwerbslosen zur Erwerbslosenerhöhung zwingt, indem sie die Einführung der Erwerbslosenerhöhung, sondern eine Erwerbslosenerhöhung für die Erwerbslosen, durch die alle erwerbslosen Arbeiter erfasst werden und für die nur eine Erwerbslosenerhöhung ohne jegliche Wirtschaftsprüfung Unterhaltungsätze bekommen. Die Mittel müssen dazu Staat und Unternehmer aufbringen und die Priorität muß unter Kontrolle der Gewerkschaften und Erwerbslosenausschüsse stehen. Die Arbeiter müssen darum auch das Eintreten für die Erwerbslosenerhöhung ablehnen.

Die Erwerbslosen interessiert nicht so sehr die Berücksichtigung des Gesetzes über Arbeitslosenversicherung, als vielmehr die Frage, wie sie es möglich, sie wieder in den Produktionsprozess einzureihen und eine Erhöhung der Erwerbslosenerhöhung durchzuführen. Eine Berücksichtigung des Erwerbslosenerhöhungssatzes würde sie am heutigen Zustand der Erwerbslosenerhöhung nichts wesentliches ändern, weil ja heute schon keine Erwerbslosenerhöhung mehr vorhanden ist, sondern schon das System der Erwerbslosenerhöhung besteht.

Das Aufheben dieser Frage durch die Gewerkschaften kann nur dazu führen, die Erwerbslosen vor ihrem Kampf um die Durchführung ihrer Forderungen abzuhaken und so der reaktionären Regierung die Möglichkeit zu geben, die Forderungen der Erwerbslosen abzulehnen. Das darf nicht geschehen, deswegen müssen in allen Verfassungen, in allen Orten die Erwerbslosen den Vorschlag der Gewerkschaften ablehnen und sich weigern, für die von den Erwerbslosen am 23. März aufgestellten Forderungen einzustehen.

Sher mit dem außerordentlichen Gewerkschaftslogreber

Eisenbahner-Verammlung in Delitzsch

In der letzten Eisenbahner-Verammlung am 19. März in Delitzsch sollte der Bezirksleiter über das Thema referieren: „Was hat der DGB zu tun, um die Veranschlagung der Arbeitslosigkeit zu verringern und Beschäftigung und Arbeitsplätze zu schaffen?“ Der Bezirksleiter hat jedoch wegen Krankheit nicht erschienen. Die trotzdem stattfindende Aussprache ergab als Resultat folgende Entschlüsse:

Die Eisenbahner-Verammlung von Delitzsch fordert vom DGB folgende Erneuerung eines außerordentlichen Gewerkschaftslogrebers, welcher sich mit folgenden Punkten zu beschäftigen hat:

1. Steigerung der Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit (auch unter 8 Stunden) bei gleichbleibendem oder höher anwachsendem Tagesverdienst. Der Achtstundentag darf nicht überhöht werden.
2. Komarstellung der Volkswirtschaftsbeziehung zur restlichen Entlohnung der Firmen und in weiterer Folge Entlohnung stillgelegter Betriebe.

Die Beschlüsse der Londoner Arbeitszeitkonferenz

Ein neuer Schlag gegen die Arbeiterkraft

Die Londoner Konferenz der Arbeitsminister der verschiedenen Länder, die von dem Sozialdemokraten Thomas Jones geleitet wurde, hat am 19. März in London die Beschlüsse der Konferenz über die 48-Stunden-Woche veröffentlicht.

Artikel I der Washingtoner Konvention über die 48-Stunden-Woche soll auf alle industriellen Unternehmungen bezogen, ganz gleich welcher Art, in dem Unternehmen beschäftigt sind, Ausgenommen sind diejenigen Betriebe, in denen nur Mitglieder dererelien Familie arbeiten. Der eigentliche Hof, Telegraphen- und Telefonbetriebe sind den Bestimmungen des Abkommens nicht unterworfen, dagegen die Sanktions- und Auslieferungsbetriebe. In Artikel II ist beschlossen worden, daß die Arbeitsstunden der Arbeiter nicht mehr als 48 Stunden pro Woche sein sollen, während dererelien Familie arbeiten. In die Arbeitsstunden nicht eingeschlossen sind die Ruhepausen, während deren die Beschäftigten nicht zur Verfügung der Arbeitgeber stehen.

In Artikel III wird vereinbart, daß die Bestimmungen dieses Artikels auch auf den Bauwesen Anwendung finden können.

In Artikel VI soll sich der Begriff „im wesentlichen zeitweiliger Arbeit“ nur auf Arbeiter, Bäcker, Fabrikarbeiter, Arbeiter und andere Arbeiter beziehen, die mit der eigentlichen Produktion nicht zu tun haben (1) und deren eigentliche Arbeit durch langsame Unterbrechung wird, während deren sie wieder eine förmliche Tätigkeit noch eine ständige Aufmerksamkeit aufwenden haben.

In Artikel VII wurde vereinbart, daß die Höchstgrenze der Arbeitsstunden durch die nationale Gesetzgebung bestimmt werden soll. In Artikel VIII wurde vereinbart, daß die Beschäftigten, die in Artikel VI vorgesehene Mindestzahl an Arbeitsstunden von 25 Prozent obligatorisch ist. Die 48 Arbeitsstunden in jeder Woche auf 5 Tage zu verteilen oder in zwei Wochen auf elf Tage zu verteilen.

In Artikel IX wurde vereinbart, daß die Bestimmungen der Konvention unterliegen, falls die Bestimmungen der Artikel V und VI von den Bestimmungen der Konvention nicht entsprechen sollen, so ist eine notwendige (1) Arbeitsstunden erlaubt. In den Fällen, in denen es die Gesetzgebung des Staates gestattet, daß über die 48-Stunden-Woche hinausgehende Arbeitsstunden in der Woche zulässig sind, die durch Urlaub verlorengelassen ist, sollen derartige Arbeitsstunden in der Höchstzahl der Arbeitsstunden eingeschlossen werden in Artikel VI festgelegt ist.

In Artikel X wurde vereinbart, daß jede Regierung verpflichtet ist, den Artikel XI zur Durchführung des Abkommens in ihre Gesetzgebung aufzunehmen. Ferner ist vereinbart worden — von Großbritannien unter Vorbehalt —, daß die Bestimmungen des Artikels XI, die die Unterbrechung der 48-Stunden-Woche regeln, nur im Falle einer Krise angewendet ist, die die nationale Wirtschaft in Gefahr bringt, nicht aber die Krise, die lediglich einzelne Zweige der Industrie gefährdet. Zum Schluss wird erklärt, daß der deutsche, der englische und der französische Text in gleicher Weise maßgebend sein sollen. Die Beschlüsse der Konferenz sollen sowohl den Regierungen der verschiedenen Länder als auch dem Internationalen Arbeitsamt unterbreitet werden.

Für Deutschland bedeuten diese Bestimmungen die offizielle Befestigung des Achtstundentages, denn es gibt in Deutschland ja nur zwei Arten, Industrie, Handelsunternehmen oder Betriebsbetriebe.

Für diese Punkte muß die Bundesregierung die ganze Arbeiterklasse mobilisieren. Die Arbeiterklasse muß die Beschlüsse der Konferenz ablehnen, indem sie die Mittelteilnahme aus, welche es erfordern nötig ist.

Es wurde auf den „roten Freitag“ in England und die bevorstehenden großen Kampfe der englischen Metall- und Bergarbeiter hingewiesen. Wenn der DGB jetzt, daß er eine große Bewegung heraus, wird er die Arbeiterklasse in der Lage, die Arbeiterkraft gewinnen und seine Mittelteilnahme herbeiführen. Die Eisenbahner-Betriebsräte müssen vorantreten am 11. und 12. Mai fast. Die von den Funktionären des Einheitsverbandes der Eisenbahner angeleitete Betriebsratsklasse wurde einstimmig genehmigt, weiter zu reorganisieren und die Veranstaltungen der Betriebsratsklasse aufzufordern.

Geschlossene Front gegen Entlassungen

Staats- und Gemeinbedarbeitsverband Merseburg

Am 19. d. M. tagte in Merseburg eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Staats- und Gemeinbedarbeitsverbandes, in welcher der Kollege Wittenberg über Lohn- und Entlohnung und die schwebenden Aufgaben referierte. Die Referat wurde von Wittenberg referiert, daß die Entlohnung der reaktionären Arbeitgeber, die die Arbeiterklasse in der Lage, die Arbeiterkraft gewinnen und seine Mittelteilnahme herbeiführen. Die Eisenbahner-Betriebsräte müssen vorantreten am 11. und 12. Mai fast. Die von den Funktionären des Einheitsverbandes der Eisenbahner angeleitete Betriebsratsklasse wurde einstimmig genehmigt, weiter zu reorganisieren und die Veranstaltungen der Betriebsratsklasse aufzufordern.

Die heute am 19. März 1928 tagende Versammlung des Gemein- und Staatsbedarbeitsverbandes der Drogenpreise Merseburg fordert von der Regierung, die Entlassungen in den öffentlichen Betrieben zu entlassen, das Feuer der Erwerbslosen und damit die Not und das Elend verzögert wird, in allen öffentlichen Betrieben unbedingt die gesetzliche 48stündige Arbeitswoche wieder einzuführen. Sollte dieses noch nicht ausreichen, alle Arbeiter der öffentlichen Betriebe zu beschäftigen, so ist die Arbeitslosigkeit nach wie vor zu reorganisieren. Weiter fordert die Versammlung, die schon ausgeprochenen Rückfragen zurückzugeben. Sollte es notwendig sein, zur Erhaltung des jeweiligen Betriebes Überstunden zu leisten, so sind dieselben in der laufenden Woche abzuführen, so daß die Einhaltung der 48stündigen Arbeitswoche gewährleistet ist.

Die Versammlung zeigte, daß auch die Arbeiter der öffentlichen Betriebe sich wieder auf ihr Klassenbewußtsein einstellen müssen. Deshalb ist es Pflicht eines jeden Kollegen, sich nicht nur politisch, sondern auch gewerkschaftlich zu organisieren. Zur geschlossenen Front mit unseren Verbänden entgegenstellen und etwas erschaffen, um geschlossenen Front mit den reaktionären Gewerkschaftsbürokraten zwingen, sich unseren Forderungen zu widersetzen. Darum nochmals, Kollegen, organisiert Euch! Steht in die Gewerkschaften, um zum Wohle der Gesamtheit zu streben!

Ortsausschüsse des DGB für einheitliche Maßnahmbestimmungen

Zur Ortsausschüsse des DGB, Meuselwitz wurde zum 1. Mai Stellung genommen und einstimmig beschlossen, eine gemeinschaftliche Maßnahme zu erarbeiten. Der Vorstand der Ortsausschüsse wurde konstituiert, eine Sitzung aller proletarischen Organisationen im Kartellgebiet einzuberufen, um die weiteren Vorbereitungen zur gemeinsamen Maßnahmbestimmung zu treffen. Auch im Ortsausschüsse in Borna wurde ein Antrag angenommen, wonach eine gemeinschaftliche Sitzung des Vorstandes der Ortsausschüsse mit dem DGB, dem RDB, einberufen wird, um über die Befestigung einer einheitlichen und gemeinsamen Maßnahmbestimmung der Arbeiterkraft zu beraten.

Die vorerwähnte wirtschaftliche und politische Situation, der immer härter werdende Kampf der Unternehmungsklassen und des reaktionären Kapitalismus, die den Erwerbslosen und Arbeiterinnen Betätigung gibt und den Kapitalisten Millionen aufweist,

triebe, die nicht direkt oder indirekt mit den Reparationsgesellschaften in Zusammenhang gebracht werden könnten. Nicht nur die Arbeiterklasse, und der Bergbau, sondern alle heimischen Unternehmer ohne Ausnahme werden den Reparationsgesellschaften, daß für sie die Ausnahmestimmungen gelten und auf Grund dessen in ihren Betrieben der Achtstundentag nicht Anwendung finden könne.

Der Arbeitsminister Strauss hat sich nicht im geringsten beiläufig über den Beitritt, den die deutschen Gewerkschaften bei ihm machen, bevor er nach London fährt. Strauss wird die in London beschlossene Auslegung jetzt im Reichstag vertreten mit dem Hinweis, daß es das Programm des Sozialdemokraten Albert Thomas sei. Was werden die deutschen Sozialdemokraten bezüglich der Gewerkschaften dazu sagen? Es ist anzunehmen, daß sie nunmehr auch den Beitritt einer Doppeldeutung diese Verpflichtung des Washingtoner Abkommens aufgeben und ihm auch unter der jetzigen Fassung zustimmen werden, wenn nicht sofort die Gesamtmitgliedschaft in den Gewerkschaften dagegen Sturm macht. Schon jetzt der „Kommunist“. Die Statuten für den geschlossenen internationalen Achtstundentag sind. Die Unterbrechung der Arbeiterkraft muß mit aller Energie entgegengetreten werden.

Die Londoner Konferenz beweist dem Proletariat aufs Neue: Der Achtstundentag kann und wird nur durch den Kampf der Arbeiterkraft, durch einen aller gewerkschaftlichen Machtentwürfungen und befestigt werden.

Die deutsche Regierung Lauffer-Brauns und mit ihr der famose Albert Thomas haben die Zeit für die Auslegung und Aufklärung des Washingtoner Abkommens sehr günstig genutzt. Sie rechnen damit, daß in der Zeit der ungeheuren Krise die deutsche Arbeiterklasse nicht imstande sein wird, einen entschlossenen Kampf gegen die Verhängung des Achtstundentages zu führen. Das deutsche Proletariat muß ihnen bemerken, daß sie sich verneinend haben. So kommt es auch zu, der Kampf muß trotzdem und gerade jetzt erst recht geführt werden. Denn eine Verhängung der Arbeitszeit — und das bedeutet die Aufkündigung der von Londoner Auslegung — würde noch weitere Hunderttausende von Proletariaten aus dem Produktionsprozess auslösen und auf die Arbeiterklasse drücken. Darum kann es kein Ausweichen vor diesem Kampf geben. Der Kampf ist auch keineswegs ausgesetzt, wenn er von den Proletariaten aller Industriezweige und ganz besonders mit denen der lebenswichtigen Betriebe, wie Eisenbahn, Luftverkehr, Bergbau usw., sowie allen Gewerkschaften gemeinsam durchgeführt wird. Diesen Kampf vorzubereiten, die geschlossene Front zu herbeiführen, das ist eine der wichtigsten Aufgaben aller Klassenbewußten Gewerkschaften. Diese in London vereinbarte Auslegung des Washingtoner Abkommens muß unter allen Umständen verhindert werden. Kampf um den Achtstundentag durch die Arbeiterkraft ist die Lösung. Die deutschen Proletariaten müssen es ablehnen, die Pläne für das Enttätigen unter der Festschreibung der deutschen kapitalistischen Klassenpolitik abzugeben.

Die Verhängung der Arbeitszeit richtet sich vor allem auch gegen die Erwerbslosen. Millionen werden in der Arbeitslosigkeit in den Produktionsprozess. Neben der Stellung neuer Arbeitsstellen ist das nur möglich durch Einführung des vollen Achtstundentages. Gegen die Londoner Beschlüsse müssen vor allem auch die Erwerbslosen kämpfen. Die morgigen Kundgebungen müssen diesem Protest Ausdruck verleihen.

zwingen die Arbeiter, am 1. Mai einheitlich und geschlossen aufzutreten gegen die kapitalistische Unterwerfung. Deshalb ist es notwendig, daß die Gewerkschaften die Arbeiter und Angestellten sofort von den Gewerkschaftsleistungen und Ortsausschüssen fordern, daß in allen Orten mit den beiden proletarischen Parteien einheitsförmig, impulsive Demonstrationen veranstaltet werden.

Vierter Verbandstag des DGB

(Schluß)

Ueber das Thema „Frauen, Jugendlichen und Kinderarbeit in Verbindung mit der Jugend aus der Landwirtschaft“ referiert Krawinkel. Er berichtet über die Arbeit der Jugend in der Landwirtschaft, die 1,75 Millionen schulpflichtiger Kinder in der Landwirtschaft tätig. Der zur Regelung der Kinderarbeit in der Landwirtschaft für den Reichsausschuss der Reichsausschüsse eingesetzten Gesamtkonferenz unter der Leitung des DGB.

Rund ein Viertel aller Beschäftigten in der Landwirtschaft bestanden aus Jugendlichen unter 21 Jahren. Man müsse ihnen die Gelegenheit schaffen zum Besuch von Fortbildungsschulen bzw. besonderen Fachschulen. Der Betriebsrat müsse mehr ausgebildet werden. Besonders notwendig ist die Bildung des Jugendbeirats. Die Frauen und Mädchen stellen beinahe die Hälfte aller Beschäftigten. Hier gilt es besonders gegen den Arbeitszwang Front zu machen und für Wohnungsinnenhelfer der Frauen einzutreten. Die schlechte Entlohnung, die erkrankten Wohnverhältnisse und vor allem die schlechte Ernährung der Jugendlichen sind die wichtigsten Mängel der Frauen und Kinder seien an der Landwirtschaft. Wenn die Maßnahmen nicht aufhören, sei der DGB gebeten, zu propagieren: Gebt für einen Schlag nach rechts. Keiner legt eine Entlohnung entsprechend seinen Ausführungen vor.

Aus der Diskussion sind besonders die Ausführungen von Drogenpreise Merseburg hervorzuheben, die die Wohnverhältnisse in Schonen schildert. Er erntet erhebliche Bilder über Wohnungen, die über Ställen gebaut sind, wo den ganzen Tag kein Fenster geöffnet werden kann. Manche Wohnungen haben überhaupt nur kleine Dachluken als Fenster. Wo kein Wasser vorhanden ist, muß man in einem Zimmer. Drogenpreise schildert eine solche Wohnung, in der in einem Stalle eine schwangere Frau und zwei Kinder, in dem anderen der Mann und ein Kind und dann noch zwei Kinder auf dem Fußboden schlafen.

Kollege Drogenpreise (Gau Kiel) verlangt, daß man nicht Einschränkung, sondern Verbot der Kinderarbeit fordert. Die Kinderarbeit sollte nicht zulassen und die Wohnverhältnisse ändern. Die vorerwähnte Entlohnung ist einseitig angenommen.

Zum Punkt 6 — „Beratung der Verbandstagen“ — spricht Drogenpreise. Er schlägt vor, die vom Verbandsvorstand vorgelegten Anträge zur Änderung des Verbandstatutes anzunehmen und damit die übrigen vorliegenden Anträge als erledigt zu betrachten. Er schlägt weiter vor, daß die Mitglieder des Kreisgruppenverbandes in der Regel mindestens eine dreijährige Mitgliedschaft haben müssen und daß nur Mitglieder mit fünfjähriger Mitgliedschaft zur Generalversammlung delegiert werden sollen.

In der Diskussion bemängelt der Reichsleiter Lauffer (Gau Berlin), daß die Generalversammlung ohne weitläufige Kritik festgefunden habe und nennt das einen ungelunden Zustand. In der weiteren Diskussion wird verlangt, jedem Gau ein Beiratsmitglied zuzugewähren, des weiteren wird für und gegen die Einführung der Erwerbslosenerhöhung im Verband debattiert. Das Beiratsmitglied ist nicht fest, daß der Verbandsvorstand sich zum zweimalig zusammenzutreten ist und betont, weitläufige hätte der Beitrag vor dem Verbandstag zusammenzuführen werden können.

Bei der Abstimmung wird entsprechend den Vorschlägen der Satzungscommission beschlossen, mit der Änderung, daß jedem Gau ein Beiratsmitglied zuzugewähren. Erwerbslosenerhöhung im Verband wird abgelehnt.

Der Punkt Krawinkel erntet einmündige Mitglieder des Verbandsvorstandes und der Revisionskommission.

Georg Schmidt hatte zu Beginn der letzten Sitzung über den guten Erfolg des Volksbegehrens Mitteilung gemacht und gedankt den Mitgliedern des Volksbegehrens vom 18. bis zum 19. März. Er berichtete über den Verlauf der Volksbegehrens. Mit Abhängen des Sozialdemokratischen Ausschusses der Verbandstag.

Die Erwerbslosen demonstrieren

In allen Städten des Reichs marschierte gestern die Arbeiterschaft zu Tausenden auf, um für die Forderungen der Erwerbslosen, für die reiflose Rückentzerrung, gegen weiteren Lohnabbau, gegen neue Entlassungen, gegen die Kettenterrorregierungen, gegen die äußerliche Außenregierung zu demonstrieren. In Genf ist gerade zur rechten Zeit die in den schönsten Farben schillernde Gedenktafel des Arbeiterbundes in nichte zerplatzt. Ruher und Streikmann lehren als Vorbild für entartete von dort zurück, und sie werden versuchen, sich mit neuen Forderungen und Kräfte der Arbeiter zu halten. Die heutige Arbeiterschaft aber verlangt gestern in zahlreichen Massenversammlungen das sofortige Verschwinden dieses Verlogenheitsproduktes einer Regierung, die sich bisher in jeder einzelnen Maßnahme gegen die Interessen der gesamten arbeitenden Bevölkerung ausgesprochen. Auch in Bayern fand sich gestern ein erheblicher Teil der fassenden Arbeiterschaft auf dem Hallmarkt zusammen, um so ihrem Willen Ausdruck zu geben.

Der An- und Wamarsch von und zu den einzelnen Sammelplätzen

noß sich im allgemeinen reibungslos. Auf den Straßen der Provinzialstädte, die in den Nachmittagsstunden von Arbeitern besonders belebt sind, fanden überall rote Frontmärsche mit großen Transparenten, die die vordringenden Arbeiter aufforderten, sich an den Sammelplätzen gesammelt nach dem Hallmarkt zu begehen. Nach wie die ersten Arbeiter sich an den Sammelplätzen einfanden, marschierte überall besonders stark die Gruppe auf. Die Sammelplätze gliedert fast einem Heerlager. Es fehlten nur noch die Panzerwagen, Sanitätswagen und Maschinenabwehr, die aber zweifellos von Seiten der Arbeiter regend in der Reichsstadt lagen. Auf dem Hallmarkt, Paradeplatz und Wettiner Platz konnte man außerdem auch noch Polizeibeamte in Zivil beobachten. Es fehlte nur noch ein „schneidiger“ Kurier wie die Polizei, und die Märsche hätten beginnen können.

Gegen 5 Uhr zogen die auf dem Johannisplatz, in den Weinbergen, auf dem Paradeplatz, Wettiner Platz und Köppler versammelten Arbeiter unter Führung revolutionärer Kampfbanner nach dem Hallmarkt. Die roten Fahnen und die Transparente mit den Aufschriften: „Wir fordern tarifmäßige Bezahlung, Her mit dem Arbeiterbunde“, „Wir fordern den Kampf für den Arbeiter“, „Macht es nicht die Revolution, so tut es die Revolution!“ usw., zeigten den absteigenden Kampfsieger. Die Demonstration, welcher Zweck mit der Demonstration verfolgt wurde. Auf dem Wege zum Hallmarkt folgten sich noch viele Arbeiter den Säulen an. Nach dem Hallmarkt wurden Arbeiter unter sehr zahlreichem Polizeischutz.

Gegenüber dem Polizeipräsidium, in der Kellerstraße, folgten während der Kundgebung auf dem Hallmarkt Herrn Derkes Mannen in Eisen und Leder, mit Gummistöckel, Fleder und sonstigen Gegenständen ihres Besitzes auf. Die Straße war, der „Dammhüter“ wegen, fast polsterlos. Die ebenfalls mit roten Fahnen besetzten Säulen fanden aber keine Gelegenheit zum Einschreiten und hielten sich viele Dienststunden erparen können, wenn sie nicht von den Gewaltigen der Drehaupt-Strasse mehr als Mittel zum Zweck benutzt würden.

Die Kundgebung auf dem Hallmarkt

Genosse Berger, der für die SPD, zu den versammelten Arbeitern und Arbeiterinnen sprach, verlies in seinen Ausführungen zunächst auf die bis jetzt geschätzten 13 1/2 Millionen Stimmen zum Volksgesetz. Er wandte nicht nur ein, dass gegen den Lohnabbau, sondern auch gegen die Luther-Regierung, bedeuten, die die Entzerrung der Forderungen nicht durchführen will und für die Erwerbslosen absolut nichts übrig hat. Deshalb muß der Kampf über die Forderungen hinaus auch gegen die Luther-Regierung geführt werden. Heute marschieren wir auf dem Hallmarkt, um unseren Willen zu bekunden zur Durchführung ihrer Forderungen. Die „Nationalisierung“ der Wirtschaft bedeutet Stilllegung vieler Betriebe, bedeutet weitere große Erwerbslosigkeit. Auch dagegen muß die Arbeiterschaft den Kampf führen. Die Forderungen der Erwerbslosen müssen von den Arbeitern und Arbeiterinnen übernommen werden; diese müssen die Führung in dem Kampf der Erwerbslosen übernehmen. Die Arbeiterschaft darf nicht dulden, daß, wie das schon öfters versucht worden ist, ein Teil in sie hineingerufen wird, um ihre Kampfkraft zu schwächen. Einmütig muß sie zusammenstehen im Kampfe, die im Betriebe und die aus den Betrieben Hinausgeworfenen.

So wie die Bewegung zum Volksgesetz der erste Schritt zur Einheitsfront ist, so ist auch der heutige Wamarsch ein Zeichen, daß die Einheitsfront marschiert.

Kämpfen wir weiterhin gemeinsam zusammen sehen wir unsere ganze Kraft ein im Kampfe um unsere Forderungen, dann wird und muß es auch gelingen, den Sieg zu erringen. Unter Kampf gilt der Schaffung einer Arbeiter- und Bauernregierung, was heute mit zum Ausdruck gebracht werden soll. (Lebhafte Beifall.)

Als zweiter Redner sprach Genosse Krieger als Vertreter der Arbeiterjugend. Nach den Jugendarbeiter demonstriert heute mit der gesamten Arbeiterschaft. Die heutige Arbeiterschaft, die von der Arbeitlosigkeit fast betroffen ist, hat schon des öfters ihre Erwerbslosenforderungen erhoben. Aber die reaktionäre hallische Stadtverwaltung hat diese Forderungen immer wieder abgelehnt. Er verweist auf Berlin, wo für die Jugendlichen mandos getan wird. Die Jugend fordert u. a. auch die Einrichtung von kantinen Jugendkassen und Volksgesetzarbeiten bei tarifmäßiger Bezahlung. Um dem jetzigen Elend Einhalt zu tun, demonstriert die arbeitende Jugend heute mit der erwachsenen Arbeiterschaft. Ihr Kampf ist der gleiche, das Ziel ebenfalls. Der gemeinsame Kampf kann zum Siege führen. Er fordert alle jugendlichen Arbeiter auf zur Unterstützung und Stärkung dieser Kampfront. (Beifall.)

Genossin Frieda Lehmann spricht namens der Arbeiterfrauen. Der Note Frauen- und Mädchenbund hat sich an der heutigen Demonstration beteiligt, um zu zeigen, daß er mit den heute erhobenen Forderungen einverstanden ist. Gerade die Frauen haben unter dem jetzigen Elend am meisten zu leiden. Genossin Lehmann verweist auch auf die letzte Tagung des Provinziallandtages, wo man wieder nichts übrig hatte für die Erwerbslosen. Die Frauen müssen sich energig wehren, sie haben es fast, fortgesetzt auf den Provinzialtagungen mit dem kleinsten abgelehnt zu werden. Auch sie wollen mit der Arbeiterschaft gemeinsam den Kampf führen, bis die Forderungen, um die heute demonstriert wird, erfüllt sind. Diesen Kampf müssen alle Arbeiterfrauen unterstützen. Zum Schluß fordert sie zum Beitritt in den roten Frauen- und Mädchenbund auf. (Beifall.)

Als letzter Redner sprach Genosse Härtel zu den Arbeitern. Wenn heute die Arbeiter aus den Betrieben gemeinsam mit den Erwerbslosen demonstrieren, so sollte damit gezeigt werden, daß die gesamte Arbeiterschaft das kapitalistische System toll hat. Die heute erhobenen Forderungen gehen uns alle an, sie müssen zur Durchführung gebracht werden. Der Kampf geht auch der Luther-Regierung, die den Volksgesetz beschließen will. Hiergegen muß energig protestiert werden. Härtel gibt eine Entzerrung bekannt, die eine Reihe von Forderungen enthält und die das Mindeste seien, was erfüllt werden muß. Er schlägt die Wahl von drei Arbeitern vor, die Grund dieser Entzerrung mit der Stadtverwaltung verhandeln solle, um zu erreichen, was total gefordert wird. Die Anrede klang aus in ein Hoch auf die revolutionäre Arbeiterschaft und die kommunistische Internationale, in das die Arbeiter begeistert eintraten.

Auf Grund des Beschlusses des Genossen Härtel wurden gewählt die Genossen Götz, Gäßler und Schäfer.

Die vom Genossen Härtel verlesene Entzerrung wurde einstimmig angenommen und hat folgenden Wortlaut:

Resolution

Die Einheitsfront der wertigen Bevölkerung Deutschlands hat beim Volksbegehren zur einheitslosen Entzerrung der Forderungen einen glänzenden Sieg errungen. Über 13 Millionen Unterschriften wurden aufgebracht. Bei diesem Sieg darf aber nicht Halt gemacht werden. Der Ausgang der Genossen Konter ist die Einigung des öffentlichen Bankrotts der Luther-Streikmann-Regierung sowie der 2. Internationale. Genau so wie die Millionen darüber, ob der Damm-Bau einen wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterklasse hätte bringen können, verliert, genau so verliert auch die Millionen über den Vorkampf als Friedensinstrument. Die Not der Millionen von Erwerbslosen und die Prostitutionen der Erwerbslosen durch das Nationalisierungsprogramm der Unternehmer und ihres geldgierigen Ausschusses, der Luther-Regierung, ist so ungeschwehrt, daß neben dem Kampf gegen eine Verschleppung des Volksgesetzes in der Hauptsache der Kampf gegen die weitere Verelendung von Millionen des deutschen Proletariats durch Erwerbslosigkeit organisiert werden muß. Nur der gemeinsame Kampf durch Herstellung einer Einheitsfront aller Schichten unter Führung des Proletariats kann dem Willen der Bauernschaft und dem vollen Willen in der Bauernschaft Einhalt gebieten. Die am 23. März in Halle stattgefundene Demonstration

Die diesjährige

SCHUL-ENTLASSUNGS-FEIER

findet Sonntag, den 28. März,
vormittags 10 Uhr, im großen Saale
des „Volkspark“ in Halle statt

MUSIK-AUFFÜHRUNGEN
REZITATIONEN
WEIHEREDER/SPRECHCHOR

Eintrittspreis 50 Pfennige

stellte sich einmütig hinter die Forderungen, die die kommunistische Partei und eine Reihe Erwerbslosenausschüsse des Bezirks Halle-Mecklenburg an den Senat und an die Kommunen gestellt hatten, um unmittelbare Hilfe für die Erwerbslosen und eine von Erwerbsloseninteressen dienende Regelung des Arbeitsnachweises zu erreichen. Die Veranlassung sind:

1. Beschaffung von Arbeit für alle Arbeitslosen, Wiedereinstellung hilfsloser Betriebe durch Reich, Staat und Kommunen unter Kontrolle der Gewerkschaften und Betriebsräte.
2. Sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten unter Zahlung des in Höhe kommenden Tariflohnes, Beibehaltung der Arbeitszeit.
3. Festlegung des arbeitsfähigen Arbeitsalters als Höchstalter, für den Vergab (unter Tage) die Eidenjungenpflicht, Verbot von Überstundenarbeit.
4. Auszahlung einer Arbeitslosengeldhilfe in Höhe von 50 Mark an alle Erwerbslose.
5. Erhöhung der Erwerbslosenerweiterung um 50 Prozent, Unterstützung für alle Arbeitslosen.
6. Aufhebung der Dreiklassenbildung, Beibehaltung der Arbeitszeit und Gewährleistung der Erwerbslosenerweiterung für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit.
7. Erhöhung von Unterstützung an die Arbeiter für die Zeit ihrer Arbeitslosigkeit.
8. Gleiche Unterstützungslöhne der Erwerbslosen unter 21 Jahren mit den über 21 Jahren, Verbot aller privaten Arbeitsnachweises.
9. Unterstellung öffentlicher Arbeitsnachweise unter die Kontrolle der zuständigen Gewerkschaftsorgane und der Erwerbslosenausschüsse.
10. Anerkennung der Erwerbslosenausschüsse durch Reich und Gewerkschaften.

In der Erkenntnis, daß Arbeitslose und Arbeitende in eine Front gehören, und daß die Frage der Erwerbslosen die noch im Produktionsprozess Stehenden genau so berühren, wie die Frage des Lohnes, der Arbeitszeit usw. müssen Betriebsräte und Betriebsräte mit gleicher Kraft sich für die genannten Forderungen einsetzen. Die Gewerkschaften sind das Bindeglied und die Massenorganisationen, die den Kampf im einzelnen zu führen haben. Deshalb stellt sich die Vertammlung insbesondere auch hinter die Forderung der Einheitsfront und an die einzelnen Ortsausschüsse des ADGB, und die örtlichen und zentralen Verbandsleitungen gerichteten Forderungen:

1. Grundrhythmishe Anerkennung der Erwerbslosenausschüsse.
2. Zusammenfassung aller Erwerbslosen, auch der unorganisierten, durch die Gewerkschaften.
3. Zulassung des Erwerbslosenausschusses zum, deren Vertreter bei den einzelnen Betrieben und Ortsausschüssen; Teilnahme eines Vertreters an den Sitzungen der Ortsausschüsse und Ortsverwaltungen mit Sitz und Stimme.
4. Derzeitige Zusammenfassung sämtlicher Erwerbslosenausschüsse und darüber hinaus geistliche Zusammenfassung.
5. Aufnahme der unorganisierten Erwerbslosen mit einem geringen Eintrittsgeld in die Gewerkschaften und einem geringen Wochenbeitrag.
6. Kontrolle der gesamten Arbeitsnachweises und der Arbeitsvermittlung durch die Gewerkschaften.
7. Eröffnung von unentgeltlichen Anstalten durch die Gewerkschaften, in denen jedem Erwerbslosen Auskunft über Sozial- und Arbeitsfragen erteilt wird.
8. Mobilisierung aller Kräfte für die Durchführung der an Regierung, Reichstag, Senat und Kommunen gestellten Forderungen.
9. Die Verammelten wählen drei Vertreter aus ihrer Mitte zur Vertretung obiger Forderung bei Reich, Kommunen, Land und Reichstag, sowie beim Bundesausguss des ADGB.
10. Die in allen erwerbslosen Bedingten der Erwerbslosen entsprechenden Forderungen sind das mindeste, was die Verammelten durch intensive Arbeit und insbesondere die Gewerkschaftenmitglieder durch rühmlichen Druck auf ihre Instanzen unmittelbar erkämpfen wollen. In die noch unorganisierten sind mit dem besten Willen, daß sie fleißigst den Gewerkschaften sich einreihen und so unsere Kampfront kräftigen helfen, daß wir so bald

wie möglich die nationale und internationale Gewerkschaftseinheit erkämpfen können.

Unser Demonstration am 23. März soll ein Schritt für die Bildung und Festigung einer festen Einheitsfront der Erwerbslosen und Betriebsräte aller Richtungen sein.

Sturz der Luther-Regierung und Auflösung des Reichstages;

zum Kampf gegen die politische und wirtschaftliche Offensive der Kapitalisten

zum Kampf für eine Regierung der Arbeiter und Bauern; für ein enges Bündnis mit Sowjet-Rußland sein.

Die Kundgebungen im Bezirk Ammendorf

Gestern fand auch in Ammendorf eine Erwerbslosenkundgebung statt. Bevor sie begann, verlas die Ammendorfer Gruppe einzelne Erwerbslose zu prologieren, indem sie die zahlr. Danksagen dem vom Bürgerfeld mit Genialit herüberbrachten. Als einige Arbeiter gegen die Verhale der Säule energig protestierten, wurden diese Arbeiter arretiert und auf die Straße gebracht. Vor Beginn der eigentlichen Erwerbslosenkundgebung wurde durch die Straßen Ammendorfs ein Umzug gemacht. Sodann referierte ein Genosse der SPD, über den Sinn und den politischen Zweck dieser im ganzen Reich angelegten Erwerbslosendemonstrationen. Nach dem Gehör der „Internationalen“ und der einstimmigen Annahme einer Resolution, die sich für die sofortige Erhöhung der Erwerbslosenerweiterung, Aufhebung der Klassenpolitik der Gewerkschaften und die darüber hinaus den Sturz der Luther-Regierung, die Auflösung des Reichstages und die sofortige Durchführung des Volksgesetzes forderte, wurde die Kundgebung geschlossen.

Müßeln

In einer Erwerbslosensammlung referierte ein Genosse des Erwerbslosenausschusses Mecklenburg über die Notlage der Erwerbslosen. Genosse Sachs, Halle, sprach anschließend über das Thema: „Krisis, Nationalisierung, Konzentration, Fortschritt.“ Die Referenten unterhielten die Ausführungen ihrer Referenten und nahmen am Schluß eine Resolution, die die Forderungen der Erwerbslosen, Kommun, Land- und Reichsregierung unterbreiten soll, einstimmig an. Die Vertammlung war von gutem Kampfeifer getragen.

Zappendorf

In der Erwerbslosensammlung in Zappendorf sprach die Genossin Jungmann Sachs. Sie leitete eingehend die Notwendigkeit der gemeinsamen Kampfe der Arbeitslosen und Betriebsräte und die Mobilisierung der Gewerkschaften für die bekannnten, von den Erwerbslosenausschüssen von Berlin, Mitteldeutschland und Rheinland und fast größte Aufmerksamkeit der Vertammlung. Eine Diskussion fand nicht statt.

Erwerbslosenkundgebung in Altleben

Der Besuch der Erwerbslosenkundgebung in Altleben ließ zu wünschen übrig. Auf dem Marktplatz versammelten sich etwa 100 Frauen und Männer (Altleben hat 250 Erwerbslose). Die im Betrieb lebenden Arbeiter haben die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens mit den Erwerbslosen aufsehend noch nicht erkannt. Demonstration wurde während des Abmarsches von einem Anwesenden den Referenten zur Verfügung gestellt. Mit einem kräftigen Rot Front! auf die politischen Betagungen, auf Sowjet-Rußland und den Freiheitskampf aller Unterdrückten und Ausgebeuteten, fand die Kundgebung ihren Abschluß.

Die Demonstration in Eilenburg

Die Erwerbslosen und Kurzarbeiter-Vertammlung in Eilenburg (Stadthalle) war überfüllt. Genosse Ledermann referierte. Es wurde die Forderung gestellt auf 50 Mark, Arbeitslosengeldhilfe und sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten. Der Sozialdemokrat Lehmann sprach gegen die Arbeitslosengeldhilfe. Die Referenten traten ihm aber entgegen. Eine von der SPD eingebrachte Resolution wurde mit 600 gegen 6 Stimmen angenommen. Nach der Vertammlung fand eine Demonstration nach dem Marktplatz statt. Eine Delegation begab sich zum Magistrat, die Forderungen der Erwerbslosen zu unterbreiten.

Große Kundgebung in Bitterberg

Am 23. März demonstrierten circa 1000 Erwerbslose in den Straßen der Stadt für die bekannnten Erwerbslosenforderungen. In allen Straßen fanden Gruppen der Kleinbürger und distanzieren über die Notlage der Erwerbslosen. Auf dem Arena-Platz, zu dem die Demonstranten zogen, sprach Genosse Sachs-Halle über die Notlage der Erwerbslosen und: Welche Kampfmaßnahmen haben die Erwerbslosen zu treffen. Seine Ausführungen mündeten aus in der Lösung: enge Kampfgemeinschaft mit den Arbeitern im Produktionsprozess ist heutzutage. Durch den Druck der Arbeitenden auf die herrschenden Zirkeln ist die Lage der gesamten Arbeiterschaft zu heben. Eine Resolution in die bekannnten Forderungen der Erwerbslosen der Kommune der Landes- und Reichsregierung zu unterbreiten, fand einstimmige Annahme. Die gesamte Polizei lag in Bereitschaft. Alle Zugangsstraßen zum Markt waren abgeperrt.

Artern

In einer von Erwerbslosenausschüssen und den Betriebsräten Artern einberufenen öffentlichen Vertammlung hatten sich circa 200 Arbeiter und Erwerbslose eingefunden. Nach einem Referat über die Not der Erwerbslosen und der Arbeiter im Betriebe leitete eine Diskussion ein, an der sich die sozialdemokratische Metallarbeitergenossenschaft Sauer beteiligte und über die schlechten Gewerkschaftsverhältnisse in Artern sprach. Die kommunistischen Forderungen nannte die „parteilosigkeit“ und mühten deshalb abgelehnt werden. Er trat ein, daß die sozialdemokratische Fraktion im Provinzialtagung für die 60tägige Arbeitszeit in den Provinzialtagungen gestimmt habe. Es wurde daher der Beschluß gefaßt, je einen Vertreter der kommunistischen und sozialdemokratischen Provinzialtagungstragkraft in einer öffentlichen Vertammlung zu entsenden, um die bekannnten Forderungen der Erwerbslosen mit den Mitteilungen des „Reifenstamf“ darüber zu besprechen.

Die Ausführungen des sozialdemokratischen Angestellten blieben ohne jeden Beifall, selbst die sozialdemokratischen Arbeiter preschten sich am Schluß für ein Zusammengehen der Erwerbslosen und der Angestellten. Die sozialdemokratischen Arbeiter für die von den Kommunisten aufgestellten Forderungen aus. Von einer Demonstration wurde in Betracht der fortgeschrittenen Zeit abgesehen.

Freitag, 26. März, abends 8 Uhr, im großen Saale des „Volkspark“ **große öffentliche Kundgebung** anlässlich des 10 jährigen Bestehens des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands

Halle und Saalkreis

Zur Schulentlassung

Alle Kinder, welche an der Jugendweihe teilnehmen, müssen heute, Mittwoch, um 5 Uhr im „Volksparl“ sein.

Jung-Spartakus-Bund, Ortsgruppe Halle

Alle Pioniere, die sich am Sprechchor beteiligen, müssen heute, Mittwoch, zur Probe erscheinen. Beginn pünktlich 5 Uhr. Jeder Sprechchormitglied muss pünktlich da sein. Wer fehlt oder zu spät kommt, löst sich automatisch von der Teilnahme am Sprechchor aus.

Eine Erwerbslosen-Delegation beim Sozialen Ausschuss

Auf Grund der bei der großen Erwerbslosenversammlung am 11. März im „Volksparl“ angenommenen Resolution lautet dem sozialen Ausschuss, der gestern nachmittag tagte, folgende Forderungen vor:

1. Eine sofortige Wirtschaftsbeihilfe von 50 Mark.
 2. Eine besondere Beihilfe für Erwerbslose, deren Kinder zu Eltern in die Schule kommen oder aus der Schule entlassen werden.
 3. Einrichtung von Speisefischen, unentgeltliche Spelung der Erwerbslosen.
 4. Sofortige Inangriffnahme größerer Notstandsarbeiten zu tariflicher Bezahlung.
- Von der Reichsregierung verlangen die Erwerbslosen eine sofortige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.
- Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Vorsitzende bekannt, daß eine dreigliedrige Delegation der Erwerbslosen, die von der auf dem Hallmarkt tagenden Demonstrationenversammlung gewählt war, im Laufe am Freitag im Amt gestellten Forderungen zu befürworten. Nachdem der Stadtratsordnete Petersdorff (SPD) als Berichterstatter die Forderungen bekannt gibt und begründet, wird nach kurzer Diskussion die Delegation vorgeschlagen und die Erwerbslosen tragen ihre Forderungen vor. Mit den letzten Unterstützungsleistungen ist ein Auskommen unmöglich. Eine Wirtschaftsbeihilfe ist unbedingt nötig, die Spenden werden von Tag zu Tag höher. Die Spelung durch die Gewerkschaften, welche nur von rund 500 Erwerbslosen in Anspruch genommen wird, ist ein Beweis, daß sie zu teuer ist. Deshalb wird sofortige Spelung gefordert. Bezüglich weiterer Notstandsarbeiten.
- Nachdem die Delegation die Sitzung verlassen hatte, nahm Stadtrat Faust das Wort, und damit begann sofort die Lesung der Erwerbslosen. Zum ersten Punkt sei es unzulässig, Wirtschaftsbeihilfen zu zahlen, es müßte die sofortige Streikung der Hilfs- und Winterbeihilfen nach sich ziehen. Der Regierungspräsident hat bereits nach Halle berichtet, der Magistrat müsse sofort gegen beratige Forderungen Stellung nehmen. „Der Herr Regierungspräsident geht besonders auf Halle auf, es muß geschäftig alles hinnehmen, sonst ziehen wir Mittel ein.“
- Zum zweiten Punkte sollen an das Jugendamt und die Fürsorge

Anträge eingereicht werden, sie werden „im weitestgehenden Maße“ erledigt. An sich habe er gegen die Einrichtung der Speisefischen nichts.

Zum vierten Punkte steht fest, daß 7000 Erwerbslose, von denen 5000 Unterstützung erhalten, in Halle sind. Durch die Notstandsarbeiten und Einwirkungen in den einzelnen öffentlichen Betrieben sind 424 Erwerbslose in den einzelnen Betrieben untergebracht. In Halle sind weitere 120 (1) am Weinberg und Leitner Weg Ost beschäftigt worden, ebenfalls beim Neubau der Krümmiger Brücke. „Leider“ sei die Stadt nicht in der Lage, gegen die Zudrängung einzuschreiten, die demnach 120 Arbeiter von auswärtig hier arbeiten läßt.

Genosse Faust nahm zu den einzelnen Punkten Stellung, daß die Stadt Halle für Erwerbslose nicht viel übrig hat, ist bekannt. Im Krieger-Wahlkreis sind dort hällische Kinder, welche die Schule verlassen. Alle Städte, die ebenfalls dort Waisen untergebracht haben, haben Beiträge von 50 bis 60 Mark für Kleidung usw. überwiesen, nur Halle nicht. Wir müssen versuchen, zu Eltern eine Wirtschaftsbeihilfe zu zahlen, die Verdrängung der Erwerbslosen geht zuletzt ins Unendliche. Es muß unbedingt zu Einrichtungen von Speisefischen geschritten werden. Andere Städte, z. B. Köln, nehmen pro Alter 50 Mark. Charlottenburg, Potsdam u. a. m. sind viel großzügiger in dieser Beziehung. Mehr Notstandsarbeiten muß der Magistrat finden. Die Debatte bewegen sich über zu hohe Preise in Halle und die angebotene Inanspruchnahme der Wirtschaftsbeihilfen. Dann wurde zur Abstimmung geschritten: Der erste Punkt wurde gegen unsere Stimmen abgelehnt. Dafür sprach der Sozialdemokrat folgende Verteilungssatz an:

„Der soziale Ausschuss beschließt, Wirtschaftsbeihilfen im weitesten Sinne an besonders Bedürftige auf Grund der Fürsorgepflichtverordnung zu gewähren.“

Der zweite und dritte Punkt wurde einstimmig angenommen mit dem Anhängel: gegen ein geringes, tragbares Entgelt. Der vierte und letzte Punkt wurde ebenfalls angenommen.

Die Nähtube der ZNS. Halle nimmt die erste Verteilung vor

Durch die fleißige Arbeit der Funktionärinnen der ZNS. und Angenommenen hällischer Gefährdete ist die Nähtube in der Lage, die erste Verteilung von Mägen, Kleider usw. vorzunehmen. Eine Anzahl Familien, deren Ernährer erwerbslos sind und die Eltern ein Kind aus der Schule bekommen, waren nicht in der Lage, den Zuzug von Mägen von der geringen Erwerbslosenunterstützung Weise zu bezahlen. Hier hat die Nähtube eingegriffen und für etwa vierzig Kinder, Jungens und Mädchen, Hemden, Röcke, Sportbekleidungen neu angefertigt, die den Kindern zugewendet werden sollen.

Die Verteilung findet am Donnerstag, dem 25. März, nachmittags 4 Uhr im Mittelsaal des „Volksparls“ statt. Die in Betracht kommenden Familien haben eine besondere Einladung erhalten. Freunde und Sympathisierende unserer Organisation sind hiermit zur Teilnahme an dieser Veranstaltung eingeladen.

Bund der Freunde der ZNS, Ortsgruppe Halle.

* Alle Haushälterinnen der Notstandsarbeiten werden verpflichtet, an der am Freitag, 26. März, abends 8 Uhr in der „Schule“, R. Ulrichstr., stattfindenden Sitzung teilzunehmen. Alle Notstandsarbeiten, soweit noch keine Besondereinladung geschäftig sind, haben die Wahl sofort vorzunehmen.

* Zellengruppe 10. Alle Betriebs- und Straßenstellen-Verammlungen finden heute im Hofe statt. Die Zellengruppenleitung.

* Erwerbslose des Saalkreises. Am Donnerstag, dem 25. März, nachmittags 7 Uhr, findet in der „Goldenen Kette“, Halle, Alter Markt, eine Sitzung des Kreis-Erwerbslosenrates statt. Alle Ortsgruppen sind verpflichtet, einen Gesandten zu delegieren. Kreis-Erwerbslosenrat.

* Musikprobe des ZNS. Die Probe fällt heute abends aus. Die bestellten Kameraden pünktlich 7 Uhr abends im „Volksparl“.

Hällische Tageschronik

Nächtung, Jahrmärktebelüger!

Hier macht sich neuerdings ein Knadausflüchter bemerkbar. Er wurde am 22. 3. auf dem Jahrmarkt im Laufe des Nachmittags einem Mädchen ein großes Stück Stoff aus dem Mantel herausgeschneitten. Das Mädchen hat bei der Tat nichts bemerkt, sondern den Schaden erst nach Rückkehr in die Wohnung wahrgenommen.

Selbstmordversuche

Am 22. 3., gegen 9.50 Uhr vormittags, verfuhrte auf der Tägerbrücke ein 24jähriger Mädchen sich mit einem Rasiermesser die Pulsadern durchzuschneiden. Die Lebensmüde, die die Tat aus Liebeskummer begangen wollte, wurde von einem heraufkommenden Mann an ihrem Halsband gefaßt und der Rotzigeiwand zugeführt, von wo sie durch ihre Mutter abgeholt wurde.

Am 22. 3., gegen 12.50 Uhr nachmittags, unternahm ein 33jähriger Mann den Versuch, mit seinen drei Kindern im Alter von 1 bis 4 Jahren hinter der Krümmiger Papierfabrik am Saalebogen in die Saale zu gehen. Er konnte sein Vorhaben nicht zur Durchführung bringen, da er von einem benachbarten Polizeibeamten daran verhindert wurde. Die Tat ist auf Familienfreizeitigkeiten zurückzuführen.

Am 22. 3., gegen 12.50 Uhr nachmittags, unternahm ein 33jähriger Mann den Versuch, mit seinen drei Kindern im Alter von 1 bis 4 Jahren hinter der Krümmiger Papierfabrik am Saalebogen in die Saale zu gehen. Er konnte sein Vorhaben nicht zur Durchführung bringen, da er von einem benachbarten Polizeibeamten daran verhindert wurde. Die Tat ist auf Familienfreizeitigkeiten zurückzuführen.

Ammerdorf

Schulentlassungsfeier. Sonntag, den 28. März, vormittags 10 Uhr, findet im großen Saale des „Schützenhaus“ unsere Jugendweihe statt. Am Abend, 28. März, findet ein Familienabend statt, wozu wir jetzt schon alle Schulentlassenen mit ihren Eltern, Geschwistern und Verwandten einladen. Programme sind erhältlich in den Konsumverkaufsstellen, sowie bei den Vertrauensleuten der einzelnen Bezirke. Erwerbslose erhalten gegen Ausweis ihre Programme an der Abendfeier. Vormittags Eintritt frei. Nachmittags 1/2 Uhr findet eine Veranstaltung für Jugend und Kinder statt. Alles Nähere durch die Programme ersichtlich.

Behringe, Fortbildungsschüler, junge Arbeiter!

kommt Donnerstag, den 25. März, abends 8 Uhr, in die Fortbildungsschülerversammlung, welche im „Volksparl“, Kolonnenstraße 14, stattfindet. Einige Schüler.

Verantwortlich: Max Leemann, Eisenb., für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenenteil: Fritz Krob, Halle a. d. S., Verdenstraße 14.

In diesen Tagen kassieren unsere Trägerinnen die vierte März-Kate. Wir erlauben dringend, denselben die Entfaltung zu erleichtern. Der Verlag.

Rosenträger, Strumpfhänder, Stutzenhalter Gummi-Bieder, Große Steinfische

Lebertruppeleitung.

Erwerbslosenfraktion!

Alle kommunistischen Erwerbslosen, ob männlich oder weiblich, nehmen am Freitag, dem 26. März, nachmittags 3 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft an einer wichtigen Sitzung teil. Mitgliedsbuch der Partei ist zur Kontrolle vorzulegen.

Walhalla
Tel. 8338
Heute
vorletzter Volkstag
zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Mantel 0,50 1,00 1,50 2,00
Tageskassette ab 11 Uhr

Zm Hippodrom
auf dem Jahrmarkt
Gr. Schlachtfest
ab 10 Uhr: Weckfleisch
abends 7 Uhr: 1054
Großes Altreiten

Freie Turnersch. Sauteschen
Sonntag, den 4. April (Differenzial), abends 8 Uhr
Gedächtnis-Feier
zu Ehren der Märzgefallenen
Abend-Unterhaltung!
Hierzu ladet freundlich ein
Der Vorstand

Gewissenhafter Zeitungsträger
für Unterrichtslozort gesucht
Melungen beim Genossen Baler
in Unterrichtslozort

Volksentscheid
in Modernen Theater
ab heute bis 31. März
erhält jeder Besucher des M. T. einen Stimmschein mit der Frage:
Was soll das Moderne Theater den Hallensern bieten?
Die Besucher werden gebeten, diese Frage auf dem Stimmschein freies zu beantworten. Die beste Antwort, die geeignet ist, dem Modernen Theater in Zukunft einen Impuls zu verleihen, erhält einen Preis von **100,-**
und wird mit Querschnitte veröffentlicht. Die Entscheidung befällt sich die Direktion vor 1083
Eintrittspreise während des Volksentscheides M. 0,50 und M. 1,00

Zum 5. Jahrestag der Märzämpfe 1921
Otto Ailian
Warum in Mansfeld die Kirschbäume in der Herbst blühen? Blätter h. den Drei Geschlechtern mit vier zweifelhafte Solgeschichten
Als Jugendstück zu empfehlen
Preis 40 Pf. Buchhandlungen der Produktiv-Genossenschaft u. d. Einzelverleiher der KPD.

Kolonialwaren
Preis am vorteilhaftesten bei
1079
Otto Bornschein, Halle
Mittelstraße 21

Schultafeln usw. Schreibwaren
empfehlen die
Bolsbuchhandlungen
Satz 42/44 und Verdenstraße 14

Empfehlenswerte Literatur
der
Begriffs-Zentralbuchhandlung
Halle a. d. S., Verdenstraße 14
und deren auswärtigen Filialen

Politische Literatur
Unter dem Banner des Marxismus, Band 3 3,-
Der Kampf gegen die Sozialdemokratie, Band 1 5,-
Die sozialdemokratischen Parteien
Herausgegeben von C. Barga 6,-
Die kommunistische Internationale, Heft 12 0,30
Die Internationale, Heft 4 0,30
Victor Weston: Sieben Tage, die Japan erschütterten
Die Frau im neuen Anstand
Bericht der englischen gewerksch. Frauenorganisation

Schönegeistige Bücher
H. J. Wälchen: Vana, Erzählung aus dem Leben eines Dienstmädchens 0,50
Janus Gypsal: Eine Nacht 0,50
Joseph Roth: Die Revolution geb. 4,-
Lawrence D. Seaberry: Eius geb. 4,50 brosch. 2,50

Günstiger Gelegenheitskauf!
Zingerringe
in allen Größen, echter synthetischer Rubin, Silber 830/000, Hammer und Siegel in Feingoldenlage. Preis nur 2,50 M.
Derselbe Ring in Alpaka nur 1,50 Mark

Ronjum- und Produktiv-Berein
zu Zeit, eGmbH., Zeit
Donnerstag, den 1. April 1926
abds. 8 Uhr, im Schützenhaus, Zeit
Halbjährs-Generalsammlung
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht
2. Veränderung des Status
3. Anträge der Mitglieder
Anträge müssen bis spätestens Montag, den 28. März 1926, dem Vorstand eingereicht sein.
Der Magistrat
F. W. G. Jäger

Die Volksbuchhandlung Wittenberg
Jüdenstraße 10
empfiehlt politische und schöngeistige
Literatur
Sämtliche
Schul- und Schreibwaren
Außerdem werden sämtliche Aufträge an
Druckereien und Inserate
entgegengenommen

Stadt-Theater
Mittwoch 7 1/2 Uhr
Söhnergän
Donnerstag 8 Uhr
Lark in Hehalten
Freitag 8 Uhr
Frau ohne Ruh
Sonabend:
Keine Vorstellung
Sonntag 7 Uhr
Volks Gubonoff

Leder-Anschmitt
zu bel. bill. Preisen
Beerenhans
Freund
Hald-Hamm-Str. 10

Simpeltheater
empfiehlt 82
Halle-Markt-Druckerei
Pauli Rosen
Verdenstraße 2
Geb. Kind. Altpolnisch
u. d. holländischen K. A. U.

Blumen
Süßes u. weißes
Sand zum Streuen

Konfirmation
empfehlen
224
Emilie Kalwitz
Wegelstein
Kaiserstraße 25

Maizeitung 1926!
Zum 1. Mai gibt die Partei eine Maizeitung, zweifach, gut illustriert, heraus
Verkaufspreis 20 Pf.
In Reporturen, Buchhandlungen, Betriebsstellen, Ortsgruppen usw. wird die Zeitung für 10 Pf. abgegeben
Bestellungen nur gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages an die
Stern-Druckerei GmbH.
Berlin C 54, Rosenfelder Straße 38
Der Versand beginnt am 12. April
Bestell! sofort!

Ein leeres Zimmer
für sofort von Parteiengenossen zu mieten gesucht. Offerten unter J. an die Geschäftsstelle des „K.“ erbeten

Zuerstklassiger Zeitungsträger
für Kohlsch gesucht. Zu melden beim Genossen Rosenkranz, Kohlsch

Möbelzeitungen empfehlen die
Bolsbuchhandlung

Trauerbriefe und -Karten
liefert sofort die Druckerei der
Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle - Merseburg
eGmbH., Halle (Saale), Verdenstraße 14
Fernruf: 1045, 1047, 2251

1 kleine Anzeige im Klassenkampf kostet nichts!

Kein Pfennig. Nach Einendung der Abonnementsquittung für den laufenden Monat kann jeder Leser diesen Vortrag erhalten, indem 2 einpaat. Zeilen = 5 mm Höhe nicht berechnet werden; für die darübergehenden Millimeterzeilen kommt der im Kopf angegebene Preis in Frage. Wer etwas kaufen oder verkaufen will, gebe die Anzeige sofort auf, denn sie kostet

Aus den Parlamenten

Deutschland als Imperialistenecht gegen China und die Türkei

Luther-Strejemanns Völkerverbundpolitik von der SPD. begünstigt

Am Reichstag ging am Dienstag die große außenpolitische Debatte über den Völkerverbund, der am Montag von Strejemanns Bericht in die Öffentlichkeit vertrieben wurde, hatte sich nach dem öffentlichen Redner wieder gemeldet, aber nur, um seine höchste Befriedigung über die Tätigkeit der Vertreter der deutschen Schwärmer, Luther und Strejemann, auszubringen. Dabei mußte er selbst in seiner Rede gegen die Deutschnationalen mehr als einmal zum Ausdruck bringen, daß die deutsche Völkerverbundpolitik eine demotografische ist, daß die Deutschnationalen keine grundsätzlichen Einwendungen gegen sie haben können, und daß sie nur auf eine ihren demagogischen Zielen dienende Gelegenheit warten, um gemeinsam mit Luther die Politik, die unter Schiele nach Socarno führte, fortzusetzen. Durch Verlesung eines Kundgebungsberichtes der „nationalen Opposition“ innerhalb der Deutschnationalen Partei bewies Strejemann, daß der ganze Oppositionsstandart der Deutschnationalen gegen die Luther-Regierung nicht ernst gemeint ist. Trotzdem ist es daraus nicht zu folgern, daß eine Völkerverbundpolitik, die den Deutschnationalen mit einem demagogischen Schein Kampf führen, keinen ernsthaften politischen Wert hat. Ein Antrag, der fordert, trotz aller „höchsten Erhebungen“, trotz der „Hauptstadt“ von Wien und Chamberlain, festhalten an der Politik von Socarno, wobei er wohl zugab, daß der Völkerverbund nur ein Machsinstrument der Kapitalistenklasse ist, daß man aber trotzdem an ihm mitarbeiten müsse, um ihn auch einer Vertretung der Arbeiter durch ein Parlament der „freigewählten Vertreter aller Völker“ zu machen.

Nach Strejemann liegen die Deutschnationalen als große Kanone zur Verfügung, der, von den Werten lebhaft als „Ballenbüchse“ bezeichnet, für die Reichsregierung als Schießpulver gegen die Völkerverbundpolitik abzugeben ist. Wie Reichsminister Luther sofort darauf feststellte, enthielt die Tirade Rede das Zugeständnis, daß es sich nicht mehr darum handeln könne, Socarno zurückzuführen; darin befand sich die Reichsregierung in grundsätzlicher Misverständlichkeit mit den Deutschnationalen. Was allen Reichsmitgliedern klar war, das ist die Tatsache, daß der Völkerverbund eine gemeinsame „vaterländische Zusammenkunft“ mit den Deutschnationalen durchaus möglich ist, wenn sie gewillt seien, Socarno als abgeklärte Zählung gelten zu lassen.

Welche praktischen Ergebnisse der Friedensgespräche der Luther-Regierung aufweisen, zeigte noch einmal

Genosse Müllenberg:

Strejemann und Luther haben glaubend gemacht, daß die Völkerverbundpolitik eine Politik des Friedens und die einzige mögliche deutsche Außenpolitik ist. Die Parteien zerstreuen jedoch eine andere Sprache. Trotz aller Friedensreden verhielt sich Deutschland, die imperialistische Völkerverbundpolitik der anderen Staaten nachzuahmen. So will es das Völkerverbund Verbot gegen China unterzeichnen, trotzdem es 1921 einen Friedensvertrag mit dem chinesischen Völkerverbund abgeschlossen hat und trotzdem zahlreiche Stimmen aus China auf die verhängnisvollen Folgen hingewiesen haben, die ein Eintritt Deutschlands in die Reihen der imperialistischen Völkerverbünde auf die freundschaftlichen Beziehungen mit China ebenso wie auf seine Wirtschaftsverhältnisse haben würde.

In derselben Linie liegen die Bestrebungen zur Erlangung von Kolonialmandaten, die weit über die Kreise der Deutschnationalen hinausgehen. Der Zentrumsvorläufer Heil hat zum Beispiel offen erklärt, daß Deutschland unbedingt einen Teil in der Mandatskommission der Völkerbund und die Kontrolle der Mandatsverwaltung nachstehende „Königliche Völkerverbund“ hat darauf hingewiesen, daß von englischer Seite an Deutschland das Angebot gemacht worden ist, durch Vermittlung der Deutschen Bank an der Ausarbeitung der Mandatskommission teilzunehmen, wofür Deutschland im Völkerverbund den räumlichen Bereich Englands auf das Maßstabgebiet gegen die Türkei unterliegen wollte.

Trotz dieser imperialistischen Völkerverbundpolitik gegen China und die Türkei bringt die SPD, die Außenpolitik der Luther-Regierung zu unterstützen, die Völkerverbundpolitik keine Politik des Friedens. Sie ist aber nicht die einzige Weg einer deutschen Außenpolitik. Die im deutschen Proletariat immer wieder genährten Hoffnungen auf Befreiung der Lage durch alle möglichen „Friedenskonferenzen“ haben sich als Illusionen erwiesen. Weder Socarno noch Genossen, die imperialistische Völkerverbundpolitik, genau zu wenig, wie sie gegenwärtig völkerverbundpolitisch handeln, daß England zugunsten Deutschlands mit Frankreich handeln werde. Eine völlige Auswanderung der deutschen Völkerverbundpolitik ist notwendig! Es ist nicht möglich, daß die Parteien unter ihren Völkerverbünden, mit Vorkurs in der Öffentlichkeit zu leben, gleichzeitig aber in den ausgedehnten antinationalen Völkerverbund gehen wollen, ebenso, wie man nicht Friedensverträge mit China abschließen und sich zugleich in den englisch-amerikanischen Völkerverbund gegen das chinesische Volk antizipieren lassen kann.

Die gegenwärtige kapitalistische Regierung kann freilich eine Rube-

änderung nicht vornehmen, für sie gibt es keinen anderen Weg als den Weg von Socarno und Genossen. Das heutige Volk aber hat noch einen anderen Weg, den Weg der Überwindung der Macht durch die Arbeiter und Bauern, der Vereinigung mit Sowjet-Rußland und den unterdrückten Völkern, den Weg, der zu einem wirklichen Bund der Völker führt. (Lebhafte Beifall und Handclatschen auf den Tribünen)

(Danach folgen die Abstimmungen, über die auf der 1. Seite berichtet wird.)

Die preussische Braun-Bevering-Regierung verteidigt die reaktionäre Politik der Reichsregierung Luther!

Im Preussischen Landtag wurde am Dienstag die Debatte über den Etat des Staatsministeriums fortgesetzt. Der sozialdemokratische Redner glaubte, die „Feststellung“ machen zu können, daß die kommunalistische Opposition recht haben könnte. Die preussische Regierung habe eine Opposition nicht mehr zu fürchten. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun erklärte, die preussische Regierung werde auch weiterhin reichlich die Socarno-Politik des Reichs unterstützen, da es „keinen anderen Weg gebe“.

Jung-Proletariat!

Offen zur Erinnerung an das 10jährige Bestehen des von Karl Liebknecht gegründeten Kommunistischen Jugendverbandes

auf nach Jena!

Er, Braun, habe sich freuen auf der Rheinlandreise mit Hindenburg überzeugt, welcher Jubel über die Befreiung unter der Bevölkerung der Kaiserin Jose herrsche. (Ausschreitendes Lachen.) „Und die heutigen Gewerkschaften von einem Land abtreiben.“ Die Vertreter der schwarzrotgoldenen Parteien schloßen sich den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten an. Die Schwarz-weißrotten machten jähme Opposition, aus der deutlich hervorging, daß sie im Grunde ihres Herzens mit der Politik der preussischen Regierung einverstanden sind. Ihre Oppositionstellung soll nur dem nationalpolitisch aufgestellten Wahlmoralen Rechnung tragen. Von unserer Fraktion sprach Gen. G u b e. Gen. Grube rednet scharf mit der Politik der preussischen Regierung, die mit den Interessen der werktätigen Massen völlig im Widerspruch steht, ad und begründete den Völkerverbundvertrag der kommunalistischen Fraktion, der wie folgt lautet:

Untertrag

Nachdem der Ministerpräsident in seines Staatsrede ausdrücklich erklärt hat, daß das Preussische Staatsministerium auch weiterhin die von der Reichsregierung betriebene Völkerverbundpolitik unterstützen will und er demzufolge nicht bereit ist, den von der kommunalistischen Fraktion in den Reichstagsantrag auf Grund der Nr. 284 geforderter Völkerverbundvertrag, wozu das Reichsministerium der Reichsregierung, von Ministerpräsidenten den Socarno-Verträgen denfalls nicht, macht sich der Ministerpräsident und mit ihm das Staatsministerium weiter mit schuldig an einer Politik und an Verträgen, die

1. Deutschland bindende Kriegsdienstverpflichtungen gegenüber dem imperialistischen Ausland annehmen und damit die wertvollen Weissen Deutschlands als Kriegermaterial an die Völkerverbünde verpfänden.
2. Infolge der wachsenden imperialistischen Gegensätze die Gefahr eines neuen Weltkrieges heraufbeschwören.
3. ein enges Bündnis mit dem russischen Klerikal- und Bauernstaat außerordentlich erleichtern, wenn nicht unmöglich machen.

Da ferner das Preussische Staatsministerium nicht nur den Hochverrat aus sich selbst macht, sondern durch die Sozialdemokratie, sondern darüber hinaus bereit ist, den Hochverrat ungeheuren Wert und Gebührende auszuüben, obgleich die übergroße Mehrheit der Weissen sich bereits im Volksbegehren für die einseitige Entzerrung der Weissen entschieden hat, andererseits aber das Staatsministerium jene ersten Maßnahmen zur Befreiung der ungeschulten Arbeiter der Erwerbslosen unterläßt und dementsprechende Anträge befristet, und dadurch, wie auch durch seine Zustimmung zu der von der Reichsregierung betriebenen Zoll- und Steuerpolitik und durch die Erhaltung der Sozialversicherung, die Erzeugung des Wohlstandes noch in besonderer Weise beirrt, beantragt die kommunalistische Fraktion, der Landtag wolle beschließen: „Der Landtag entsieht dem Staatsministerium des Vertrages.“

Erste Quittung des Zentralkomitees der SPD. über die Sammlungen zum Volkseinfried

Von den Bezirken wurden bisher für den Kampf um die Durchführung des Volkseinfrieds folgende Beträge gemeldet:

Berlin-Brandenburg	21 000,00 M.
Pommern	880,00
Ostpreußen	670,00
Schlesien	1 274,16
Obereschlesien	400,00
Ostschlesien	2 000,00
Erzgebirge-Bogland	23 150,02
Weichsel	4 280,00
Magdeburg-Anhalt	7 839,90
Halle	1 000,00
Niederschlesien	4 000,00
Meklenburg	174,60
Wassertante	3 865,00
Nordwest	2 020,00
Rußengebiet	1 900,00
Mittelrhein	1 800,00
Sachsenwald	600,00
Sachsen-Brandenburg	1 400,00
Koblenz	300,00
Württemberg	2 878,98
Nordbayern	1 419,70
Südbayern	1 419,70
Insgesamt:	82 188,36 M.

Von dieser Summe wurden den Bezirken 50 Prozent überlassen. Außerdem zahlte der DGB 2 500,00 M. Der Arbeiterverband, Poststelle Weinheim 100,00 M. Gesamtsumme: 84 788,36 M.

Zentralkomitee der SPD, Abteilung Kass.

Partei-in-Not-Quittung

Bisher quittiert:

Ortsgruppe Halle, Kaufm. Ber. d. Prod.-Genossenschaft	81,00
Ortsgruppe Breitenbach, für Marten	10,00
Ortsgruppe Berlin, für Marten	32,50
Ortsgruppe Halle, Distrikt 9, für Marten	45,00
Ortsgruppe Halle, Distrikt 7, für Marten	65,00
Ortsgruppe Brudorf, für Marten	0,50
Ortsgruppe Götzenhainichen, für Marten	11,00
Ortsgruppe Halle, Distrikt 11, für Marten	14,00
Ortsgruppe Seebitz, für Marten	2,00
Ortsgruppe Halle, Genosse Fischer	19,00
Ortsgruppe Halle, Genosse Fischer	37,50
Ortsgruppe Halle, Genosse Seibe	37,50
Ortsgruppe Halle, Genosse Schöbel	30,00
Ortsgruppe Halle, für Marten	67,00
Ortsgruppe Dessau-Roßlau am See, für Marten	2,00
Ortsgruppe Dessau-Roßlau am See, für Marten	15,50
Ortsgruppe Großtreben, für Marten	2,00
Ortsgruppe Köstlich, für Marten	14,00
Ortsgruppe Tautsch, für Marten	19,00
Ortsgruppe Halle, Distrikt 10, für Marten	45,00
Ortsgruppe Wieritz, für Marten	45,00
Ortsgruppe Halle, Distrikt 4, für Marten	31,50
Ortsgruppe Friedersdorf, für Marten	9,00
Ortsgruppe Nietzerberg, für Marten	2,50
Ortsgruppe Groß-Kroitzsch, für Marten	10,50
Ortsgruppe Dessau-Roßlau, für Marten	7,50
Ortsgruppe Halle, Distrikt 13, für Marten	11,00
Ortsgruppe Rebaun, für Marten	5,00
Ortsgruppe Rebaun, für Marten	15,50
Ortsgruppe Bärenberg, für Marten	27,00
Ortsgruppe Wöllitz, für Marten	2,00
Ortsgruppe Spitzsch, für Marten	1,00
Ortsgruppe Halle, Prod.-Genossenschaft, f. Marten	49,00
Ortsgruppe Halle, Distrikt 19, für Marten	74,50
Ortsgruppe Trebitz, für Marten	5,00
Ortsgruppe Halle, Krossen, für Marten	50,00
Ortsgruppe Döhlen, für Marten	50,00
Ortsgruppe Köstlich-Beuna, für Marten	10,00
Ortsgruppe Quersdorf, für Marten	25,50
Ortsgruppe Zornitzsch, für Marten	32,00
Ortsgruppe Halle, Distrikt 12, für Marten	9,50
Ortsgruppe Halle, Distrikt 6, für Marten	1,50
Insgesamt:	9 444,85 M.

Wir ersuchen alle Ortsgruppen, die nicht verlaufenen Marten sofort an die Bezirksleitung einzusenden. Für verlaufene Marten ist die Bezirksleitung auf Vollstreckung Nr. 1070 01 Leipzig, Arthur Sämisch, Halle a. d. S., einzuschicken, mit dem Bemerken: Für Partei-in-Not-Marten. W. Halle-Vertrieb. (Einsendung Marten.)

Die Rebellion

Roman von Joseph Roth
Copyright 1924 by Verlag Die Schmiede, Berlin

Von diesem Tage an erfüllte Andreas Rums Brust ein neue keine Hoffnung. Jähr wurde er nicht, zu dem er zurückkehren sollte. Jähr hatte er das wichtigste verloren, das ein Mensch in Freiheit nötig hat, um mit trockenem Sinn und Erfolg verdienender Kraft ein neues Leben zu beginnen: den Glauben nämlich, die Heimat der Erde. Und auch sein Körper hatte keine Heimat mehr. Von Katharina wollte er sich lösen lassen. Wahrscheinlich hätte sie selbst schon die Scheidung eingeleitet. Sollte er zu Wille zurückkehren? Ein Strohdachler werden? Würde er auch die Waise wieder kriegen? Was er nicht überhaupt besser, er blieb in dieser Zelle, freiwillig, ein Leben lang?

Eines Tages ermachte er sehr früh. Er wachte nicht, wie spät es war, es konnte jedenfalls nicht sein, denn er hatte nicht an sich, wurde die Straflinge gewacht. An der Stelle, an der sein Bein abgelegt war, spürte er Schmerzen. Es mußte sich irgendeine bedeutende Änderung des Wetters zugezogen haben. Wüßig wurden seine blühende Tropfen vernommen. Es regnete offenbar. Andreas fand auf. Er schüttelte seine Hände an und stellte sich unter das Fenster. Dort hörte er den Regen auf deutsch. Wäre das Fenster nicht in so tiefer Mauerdurchung eingefügt gewesen, so hätte der Regen sogar an die Scheiben getrommelt. So klopfte nur von Zeit zu Zeit ein einzelner Tropfen gegen eine Gitterstange. Jedenfalls aber handelte es regnete.

Auf einmal erwuchs aus verdunkelten Nebeln ein Tag aus Andreas' Augen. Es war er mitten in der Nacht aufgewacht, von Erwartung und Unruhe getrieben und hat festgestellt, daß die Nacht des langen Winters gebrochen war. Demals hatte er den Morgen gar nicht erwarten können und auch jetzt konnte er es kaum. Was erfüllte ihn denn eigentlich los? Jahr um Jahr war er gewohnt, den regelmäßigen Wechsel der Jahreszeiten zu erleben und seit mehr als dreißig Jahren hatte auf ihn der erste Regen seinen Einbruch gemacht. Er mußte weit zurücktreten in die verschollene Jugend.

weil sie verstoßt waren, und wie der Regen ungeschmet und in raktos fließenden, schäumenden, gurgelnden Fluten in die Untergründe der Gasse drang, die die schmucklosen winterlichen Schneereise an den Kändern des Bürgergeleges mit demüthender Wut versinken, zerkleinern, in Nichts werden ließ.

„Ach, es wurde Freitag und er sah es nicht! Die Welt änderte sich und er war gefangen.“ Jetzt klopfte der Wächter und Andreas rief: „Hier!“ so schnell, daß der vordere Beamte die Tür aufschloß und den angeleiteten Andreas mit neuverwundener Mißtrauen betrachtete. „Schon auf?“ fragte der Wächter.

„Mein Knie schmerzt los!“ antwortete Andreas. „Denn ich kein Ausgang!“ — sagte der Wächter und schloß die Tür. „D. warum war heut kein Ausgang?“ Die Wächterin schüttelte sich, löste sich langsam in das gewohnte Dunkelheit auf. Es wurde Tag. Der Regen wurde stiller. Auf einmal begann ein Vogel zu zwitschern. Eine ganze Vogelgruppe zwitscherte. Einige Spatzen drängten sich gegen das Gitter. Sie schrien und schlugen mit den Flügeln.

Andreas betrachtete die Vögel und lächelte. Er lächelte mild, wie ein Großvater, der seinen spielenden Enkel, auf dem Spielplatz, mit dem Finger auf die Luft zeigt. „Ach, ich hätte es doch nicht anders bemerkt. Jetzt ist es ihm, als hätte er eine alte Schuld an die abzutragen. Er hätte sie gerne mit Brotkrumen gefüllt.“ Er sprach sich vor, den Wächter darum zu bitten.

„Als man ihm das Frühstück brachte, hat er den Wächter, einen Augenblick zu sich.“ „Hören Sie“, sagte er, „bringen Sie eine Zister! Ich möchte den armen Spatzen ein paar Brotkrumen streuen.“ Wenn Andreas dem Wächter zugewandt hätte, ihm die Schlüssel zu allen Zellen herauszugeben, die Heberhaltung wäre nicht größer gewesen. Der Wächter verließ hier für die Nacht einen einen Dienst, von dem er taubenden Gefühlen, die kein freigeschütteltes Brot anvertraut. Der Wächter dachte, von seinem beruflichen Argwohn gefolgt, der seine zweite Natur geworden war, zuerst an eine Zister des Gefährlichen. Er beleuchtete mit seiner Taschenlampe Andreas, um dessen Gesicht zu erforschen.

„Wie kommen Sie darauf?“ sagte der Wächter. „Sie tun mir sehr leid, die armen Vögelchen!“ sagte Andreas mit einer hoch erleuchteten Stimme, daß der Wächter zu glauben anfang, Andreas zu verrückt. „Hören Sie sich nicht wundern!“ sagte er. „Der Herr sorgt für die Vögel. Essen Sie lieber das teure Brot allein!“

„Meinen Sie?“ sagte Andreas. „Es ist so sicher, daß Gott für die Vögel sorgt?“ „Das ist nicht Ihre Sache!“ erwiderte der Beamte. „Aber meine Sache! Wozu hat man denn die Geflügel? So keine meine Vorkauf nicht. Wozu hat man denn die Geflügel zu bringen. Wenn Geflügel es ist verboten, Leitern in die Zellen zu bringen. Wenn Sie krank im Gehirne sind, müssen Sie sich beim Herrn Doktor melden! Ich kann Sie ja ausführen, dann kommen Sie zum Marodenhüte. Wenn Ihnen der Herr Direktor es erlaubt, dann können Sie ja auch die Vögel füttern. Aber ein Geflügel müssen Sie machen.“

„Ich will ein Geflügel machen!“ sagte Andreas. Der Beamte notierte den Wunsch in sein Dienstbuch. Nach einer Stunde brachte er Papier, Tinte und ein Kull. „Schreiben Sie Ihr Geflügel“, sagte er, „der Herr Direktor hat es erlaubt.“ Andreas bat den Beamten um Hilfe. Dieser entzündete eine Kerze und zog seine Brille an. Dann diktierte er:

„An die hochwohlwollende Direktion! Entsendefertiger erlucht um die Bewilligung, einmal täglich den Spatzen sowie Vögeln anderer Art an den Fenstern meiner Zelle Brot und Speise auslegen zu dürfen.“ Unterzeichnet: Andreas Rums, derzeit Häufigling.“

Dieses Geflügel hatte der Beamte ein. Am Nachmittag kam der Doktor. Er legte Zweifel an dem geflügelten Gesundheitszustand Andreas Rums. Er begann, sich mit dem Häufigling zu unterhalten. Andreas ergreift die Gelegenheit, auch dem Arzt seine Geschichte zu erzählen.

Der Doktor wirkte. Der Direktor, sagte er, würde schon die Sache in die Wege leiten. Andreas mußte nur Vertrauen haben. „Aber die Spatzen zu füttern, wird man Ihnen nicht erlauben! Es ist so man einzuwickeln in umständlich. Man kann Ihnen doch nicht eine Leiter in die Zelle bringen.“ „Wozu hab ich denn ein Geflügel geschrieben?“ „Das ist Vorwissen. Wenn Sie einen Wunsch haben, müssen Sie ihn schriftlich äußern. Aber erfüllt wird er Ihnen nicht.“ Der Doktor schüttelte. Er war ein alter, beleibter Herr mit grauem Stoppel an Wangen und Doppelinn. Er trat eine unmoderne, goldgelbende Brille. „Überlassen Sie doch dem lieben Gott die Sorge um seine Vögel!“ „Ach, Herr Doktor!“ — sagte Andreas traurig. „Wände sagen: Überlassen Sie mir Gott die Sorge um diesen Menschen! Denn sorgt Gott nicht?“ (Fortsetzung folgt.)

R. V. D.

Registrierung Nr. 344, Mecklenb. Gewerkschaft Halle, Geschäftsstelle 14 Fernstr. 1473 - Telefonteil 10700

Unterstützt Halle-Gauleiter, Ortsvereine Telefonamt 537

Nächstes Funktionärstreffen Donnerstag, 25. März, abends 8 Uhr, in der „Globe“...
Schlachthaus Halle, Sonntag, 27. März, abends 8 Uhr, in der „Schlachthaus Halle“...
Wahlkreis, Mitgliederversammlung Donnerstag, 25. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...
Gemeindefestsaal, Sonntag, 27. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...
Wahlkreis, Mitgliederversammlung Donnerstag, 25. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...
Gemeindefestsaal, Sonntag, 27. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...
Wahlkreis, Mitgliederversammlung Donnerstag, 25. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...
Gemeindefestsaal, Sonntag, 27. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...

Kein Genosse darf die CL- und WA-Sitzspiele besuchen. Führt den Posttoll scharf durch!

Bezirk Halle - Merseburg Jugendleiteramt, Halle a. d. S., Verdenfeldstr. 14 Fernstr. 1473

Alle Mitglieder müssen bis die Donnerstag abend von 6 bis 8 Uhr im Jugendbureau zur Fahrt nach Zwickau...
Wahlkreis, Mitgliederversammlung Donnerstag, 25. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...
Gemeindefestsaal, Sonntag, 27. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...
Wahlkreis, Mitgliederversammlung Donnerstag, 25. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...
Gemeindefestsaal, Sonntag, 27. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...

Bezirk Halle-Merseburg Halle a. d. S., Verdenfeldstr. 14 - Fernsprecher 4425

Wahlkreis, Mitgliederversammlung Donnerstag, 25. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...
Gemeindefestsaal, Sonntag, 27. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...
Wahlkreis, Mitgliederversammlung Donnerstag, 25. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...
Gemeindefestsaal, Sonntag, 27. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...

„Roter Frontkämpfer-Bund“

Alle Kameraden besuchen den Film „Sein Name“

Das Gaukulturbüro Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden...
Sonntag, den 27. März, abends 8 Uhr, im „Schlachthaus Halle“...

Wahlkreis, Mitgliederversammlung Donnerstag, 25. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...
Gemeindefestsaal, Sonntag, 27. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...

Wahlkreis, Mitgliederversammlung Donnerstag, 25. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...
Gemeindefestsaal, Sonntag, 27. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...

Wahlkreis, Mitgliederversammlung Donnerstag, 25. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...
Gemeindefestsaal, Sonntag, 27. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...

Wahlkreis, Mitgliederversammlung Donnerstag, 25. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...
Gemeindefestsaal, Sonntag, 27. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...

Wahlkreis, Mitgliederversammlung Donnerstag, 25. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...
Gemeindefestsaal, Sonntag, 27. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...

Wahlkreis, Mitgliederversammlung Donnerstag, 25. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...
Gemeindefestsaal, Sonntag, 27. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...

Wahlkreis, Mitgliederversammlung Donnerstag, 25. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...
Gemeindefestsaal, Sonntag, 27. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...

Wahlkreis, Mitgliederversammlung Donnerstag, 25. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...
Gemeindefestsaal, Sonntag, 27. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...

Wahlkreis, Mitgliederversammlung Donnerstag, 25. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...
Gemeindefestsaal, Sonntag, 27. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...

Wahlkreis, Mitgliederversammlung Donnerstag, 25. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...
Gemeindefestsaal, Sonntag, 27. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...

Wahlkreis, Mitgliederversammlung Donnerstag, 25. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...
Gemeindefestsaal, Sonntag, 27. März, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal...

Large advertisement for 'EMPFEHLENSWERTE FIRMEN' featuring various businesses like Fahrradhersteller, Möbelhäuser, and Textilvertriebe. Includes logos and detailed descriptions of products and services.

Stern 78 Pf. Leo Lipper, Gr. Steinstr. 35



